

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepalte Kolonelleiter:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Goldregen der oberschlesischen Montanindustrie

Glänzende Gewinne streicht die oberschlesische Hüttenindustrie aus der Kriegsgeschäftslage ein, nachdem sie sich den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft angepasst hat. Sehr gut war für die Montanwerke Oberschlesiens das Kriegsjahr 1915. Noch besser hat sich das abgelaufene Kriegsjahr 1916 erwiesen. Die bis jetzt veröffentlichten Abschlüsse der oberschlesischen Montanaktiengesellschaften sind der schlagende Beweis dafür. Betrachten wir sie nacheinander.

Die oberschlesische Eisenbahn-Verkehrs-A.G. (Eis. Friedenschütte), der auch die Pulschinsky-Werke in Gleiwitz angehören, verfügt über ein Aktienkapital von 48 Millionen Mark. Für ihre Erzeugnisse, in der Hauptsache für den Kriegsbedarf, hat die Gesellschaft bei gesteigerter Umsatzen bereit gute Preise erzielt, daß der Rohgewinn des Gesamtunternehmens von 12,88 Millionen Mark im Jahre 1915 auf 20,12 Millionen Mark im Jahre 1916 in die Höhe stieg. Die Abschreibungen wurden sehr reichlich bemessen; mit 9.428.966 M. erreichten sie ihren höchsten Betrag (gegen 6.01 Millionen Mark im Vorjahre). Der Reingewinn stellt sich auf 10.244.510 M. (6,38 Millionen Mark im Vorjahre). Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 15 v. H. Die Gesellschaft hat damit eine sich selbstbildende Verteilung. Im Kriegsjahr 1914 betrug die Dividende nur 2 v. H., im Jahre 1915 bereits 10 v. H. In der Heraushebung der Dividende von 2 auf 15 v. H. spiegelt sich die immer günstigeren Gestaltung der Kriegsgeschäftslage wieder. Der Aufsichtsrat kam mit der Geschäftslage ebenfalls voll und ganz zufrieden sein. Seine Entschädigung (Anticome) — für die „recht mühsame Arbeit“ einer gewissen Anzahl von Sitzungen im Jahre — stieg von 243.600 M. im Jahre 1915 auf 461.500 M. im Geschäftsjahr 1916. Die dem Konzern der „Oberbedarfs-Gesellschaft“ angehörende Ferrum-Gesellschaft (in Jawobzie bei Kattowitz) und die Friedenschüttenfeld- und Kleinbahn-Verkehrs-G. m. b. H. brachte auch im verflochtenen Jahre gute Erträge. Auf sämtliche Kriegsanleihen hat der Konzern 16,5 Millionen Mark gezeichnet. Jedenfalls war das Jahr 1916 für die Oberbedarfs-Gesellschaft eine Zeit glänzender Erfolge. Dies kommt auch in der Steuerentwicklung zum Ausdruck. Der Steuerkurs der Aktie war am Jahresabschluss 1916 — 194 v. H. gegen nur 74 v. H. des letzten Friedensjahres. Die Oberbedarfs-Aktien wurden zu den beliebtesten und beliebtesten Aktien der Kriegsbörse. Infolge ihres glänzenden Aufschwunges in der Kriegszeit steht die Oberbedarfs-Gesellschaft heute an führender Stelle in der Montanindustrie Deutschlands. Die Zahl der beschäftigten Personen mit 25.000 Leuten hat ihren höchsten Stand erreicht. Darunter befinden sich etwa 6000 Arbeiterinnen, annähernd ein Viertel der Gesamtbeschäftigten. Auch eine Kriegs-„Erzeugungsgesellschaft“, von der die Gesellschaft einen nicht geringen Nutzen zog. Die weiblichen Arbeitskräfte sind in Oberschlesien, billig und billig. Für ihre Leistung werden sie bedeutend schlechter bezahlt als die männlichen Arbeiter.

Im laufenden Geschäftsjahre hat sich der Aufschwung der Gesellschaft fortgesetzt. Die Ausschütten werden vom Vorstand „als recht gut bezahmt, da die Werke auf lange Zeit hinaus mit Aufträgen zu lohnenden Preisen reichlich versorgt seien“. In der Börse wurde erzählt: die Gesellschaft habe in den fünf ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres 12 Millionen Mark verdient gegen 20 Millionen Mark in dem ganzen vorigen Jahre. Trotz der Abkennung des Dividendenanspruches gingen die Aktien weit über ihren Steuerkurs hinaus. Das Vertrauen der Börse zu den Aktien ist sehr groß.

Was sagen die Arbeiter der Gesellschaft zu diesen glänzenden Ergebnissen des Unternehmens? Sollen sie allein an ihnen unbeteiligt bleiben? Die sehr drückenden Leuerungsverhältnisse erschließen eine den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung. Die Arbeiter können das nur durch restlosen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband durchsetzen.

Die zum Oberbedarfs-Konzern zählende Aktiengesellschaft Ferrum in Jawobzie (bei Kattowitz) hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Betriebsgewinn von 738.600 M. erzielt (522.000 M. im Vorjahre). Die Abschreibungen wurden auf 229.600 M. (209.100 M. im Vorjahre) erhöht. Der Reingewinn stellte sich auf 311.100 M. (gegen 141.600 M. im Vorjahre) bei einem Aktienkapital von 1,8 Millionen Mark.

Die oberschlesische Eisenindustrie-A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb (Eis. Gleiwitz) hat im Jahre auch einen recht bemerkenswerten Aufschwung genommen. Sie arbeitet mit 28 Millionen Mark Aktienkapital. Die Werke waren — nach dem Geschäftsbericht für 1916 — das ganze Jahr hindurch „stark beschäftigt“. Die Hochofenanlagen der Julius-Hütte (in Sobiesz) waren ununterbrochen mit fünf Oefen im Betriebe. Bei dem starken Bedarf war die Nachfrage nach Rohstoffen sehr lebhaft, so daß die ganze Hochofenerzeugung „sich abgeben konnte“. Der Betrieb des Stahlwerkes Julius-Hütte wurde fortlaufend mit 6 Martinöfen aufrechterhalten. Ungeachtet aller Rohstoff- und Arbeiterschwierigkeiten konnte die Erzeugung über die Höchstergebnisse der Friedensjahre hinaus gesteigert werden. Entsprechend der höheren Stahlwerkzeugnisse hat auch die Leistung des Rodwalzwerks gegen das Vorjahr eine weitere Steigerung erfahren. Im Martinwerk Baildon-Hütte (bei Kattowitz) waren 2 Martinöfen im Betriebe. Ihre Leistung konnte auch gegen das Vorjahr wesentlich erhöht werden. In Rücksicht auf den großen Bedarf an Stahl wurde mit dem Bau eines weiteren Martinöfens begonnen. Angefacht der starken Nachfrage, namentlich für Heeresbedarf, mußte der Betrieb der Werke im Berichtsjahre noch mehr als im Vorjahre angespannt werden. Im Zusammenhang mit der Beschäftigung vieler ungeheurer Arbeiter hatte das eine sehr starke Abnutzung der Betriebsanlagen zur Folge, so daß erhebliche Aufwendungen

vorgenommen werden mußten, um sie in einigermassen gutem Zustand zu erhalten. Der Umsatz an Fertigwaren (Drahtwaren, Stahl, Walzisen usw.) bedeutet mit 72.069.567 M. eine Höchstzahl (47.746.787 M. im Vorjahre). Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahre durchschnittlich 9338 (im Vorjahre 8411) Arbeiter.

Der Rechnungsabschluss weist einen Rohgewinn von 9.426.247 M. auf (gegen 5.048.613 M. im Jahre 1915 und 2.962.196 M. im Jahre 1914). Nach hohen Abschreibungen von 4 Millionen Mark (im Vorjahre 2 Millionen Mark) verbleibt ein Reingewinn von 3.591.754 M. (gegen 2.048.613 M. im Vorjahre). Hieraus wurde den Aktionären eine Dividende von 10 v. H. geteilt. Im Vorjahre betrug sie 6 v. H., im Jahre 1914 nur 3 v. H. Der Aufsichtsrat bekommt 112.021 M. Gehaltsanteile. Der Steuerkurs der Aktie war 146 v. H. gegen 65 v. H. des letzten Friedensjahres und neuerdings ist der Kurs weiter merklich gestiegen. Die Gesellschaft hat auf die 6. Kriegsanleihe 2 Millionen Mark gezeichnet.

Zu der am 17. April in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde vom Vorstande berichtet, daß im laufenden Geschäftsjahre die Gesellschaft in allen Betrieben „bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt ist“.

Der Donnersmarchhütte, oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.G. (Eis. Hindenburg) stehen 15.138.000 M. Aktienkapital zur Verfügung. Es wurde 1916 ein Bruttogewinn von 6.303.382 M. erzielt, die Abschreibungen auf 2,4 Millionen Mark bemessen (gegen 2,45 Millionen Mark im Vorjahre). Der Reingewinn betrug 3.996.937 M. gegen 3.750.678 M. im Vorjahre und 2.023.615 M. im Jahre 1914. Die Aktionäre müssen sich wiederum mit einer Dividende von „nur“ 18 v. H. begnügen wie im Jahre 1915. Im Jahre 1914 wurden 12 v. H. ausgeschüttet. In den drei Kriegsjahren belaufen demnach die Aktionäre fast die Hälfte des eingezahlten Aktienkapitals.

Es heißt im Vorstandsbericht, es sei außerordentlich schwierig, aus den Ergebnissen des ersten Quartals des laufenden Geschäftsjahres Schlüsse auf das Resultat des ganzen Jahres zu ziehen. Die Verwaltung hofft jedoch, die Aktionäre „befriedigen zu können“. Unzweifelhaft brauchen die Aktionäre bei Dividenden von 18 v. H. nicht unzufrieden zu sein. Kleinere Dividenden scheint für dieses Jahr nicht bevorzustehen.

Bei der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb schließt das Geschäftsjahr mit dem 31. März ab. Das Aktienkapital beläuft sich auf 39 Millionen Mark. Die Förderung der Steinkohlengruben und die Erzeugung der Gärten hielten sich im abgelaufenen Geschäftsjahre auf der Höhe des Vorjahres. Das ganze Jahr hindurch herrschte lebhafteste Nachfrage nach sämtlichen Erzeugnissen. Die Leistung war höher als im Vorjahre. Der Bruttogewinn des Berichtsjahres beträgt 9.858.421 M. (im Vorjahre 10.153.775 M.). Für Abschreibungen wurden, wie bisher, 2,5 Millionen Mark verwendet. Der im Vorjahre neuangestaltete Bau- und Erneuerungsfonds wurde mit 800.000 M. bedacht. Der Reingewinn von 6.591.432 M. (6.992.500 M. im Vorjahre und 3.814.260 M. im Jahre 1914/15) gestattete eine Dividende von wieder 12 v. H. zur Verteilung zu bringen (8 v. H. im Geschäftsjahre 1914/15). Auch im abgelaufenen Geschäftsjahre hat sich die Gesellschaft mit größeren Beträgen an den Kriegsanleihen beteiligt.

In der am 28. Juli dieses Jahres abgehaltenen Generalversammlung teilte der Generaldirektor, Dr.-Ing. Williger, mit, daß die ersten beiden Monate des laufenden Geschäftsjahres „sehr zufriedenstellend verlaufen seien. Bestände konnten in hohem Maße verladen werden und die Gesellschaft hat hohe Gewinne erzielt. Es sei anzunehmen, daß auch der dritte Monat die Erwartungen erfüllen werde“. Die Arbeiter der der Gesellschaft angehörenden Subertushütte bei Hohenlunde und des Eisenwalzwerkes Mariahütte in Kattowitz sollten sich diese Worte des Herrn Generaldirektors genau merken!

Die Bismarckhütte, A.G., hat in den ersten zwei Kriegsjahren derart glänzende Gewinne gehabt, daß sie im Jahre 1914 den Aktionären 15 v. H. und im Jahre 1915 sogar 25 v. H. Dividenden zahlen konnte. Wie die Berliner Börsen-Zeitung unlängst berichtete, steht für das laufende Jahr eine Dividende „von ähnlicher Höhe in Aussicht“. Der Geschäftsgang ist fortgesetzt ausgezeichnet. Was die Heereslieferungen anlangt, so sind die Leistungen fortgesetzt gewaltig, aber auch an Friedenswaren, und zwar hauptsächlich in solchen, die die Gesellschaft schon seit Jahren als „Spezialität“ betreibt, liegt anhaltende Arbeit vor, die allerdings jetzt unter den Heereslieferungen weit zurückbleiben muß.

Bei der Eisenhütte Silesia, A.G. in Paruschkowitz (bei Rybnik) war das dritte Kriegsjahr ein wahres Goldregengahr. Der große Aufschwung kommt in 3,49 Millionen Mark Rohgewinn zum Ausdruck (gegen 1,38 Millionen Mark im Vorjahre und 683.700 M. im Jahre 1914). Die Abschreibungen erreichten mit 1,32 Millionen Mark (1,48.700 M. im Vorjahre) die höchste Zahl. An Reingewinn hatte die Gesellschaft 2,24 Millionen Mark (gegen 858.200 M. im Vorjahre). Bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark wurde ein Umsatz von 19,4 Millionen Mark (gegen 11,03 Millionen Mark im Vorjahre) erzielt, so daß die Gesellschaft ihr Aktienkapital zweimal umgekehrt hat. Hervorzuheben ist es auch, daß der Gewinn stärker gestiegen ist, als der Umsatz. Die Aktie der Eisenhütte Silesia gehört, wie es in einem Aufsatz der Fachzeitung „Rohstoffe und Erz“ heißt, zu einem der allerbeliebtesten und beliebtesten Papiere der „Kriegsbörse“. Aus dem Reingewinn wurde nämlich im dritten Kriegsjahr eine Dividende von 18 v. H. ausgeschüttet (gegen 7 v. H. im Vorjahre). An Kriegsanleihen besitzt die Gesellschaft 7 Millionen Mark.

In das neue Geschäftsjahr hat die Silesia wieder einen großen Beschäftigungsgrad übernommen. Das Unternehmen ist, wie der Vorstand in der Hauptversammlung der Aktionäre am 22. April berichtete, „auf viele Monate hinaus mit lohnender Arbeit versehen“. Es könne daher unter den üblichen Vorbehalten „ein sehr gutes Ergebnis in Aussicht gestellt werden. Umsätze und Ueberschüsse

weisen gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres Steigerungen auf“.

Die Schlesische A.G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb hat wiederum ein gesegnetes Jahr hinter sich. Das Aktienkapital beträgt 27.279.000 M. Weit aus den größten Teil des Gewinnes mit 10.073.839 M. (gegen 8,33 Millionen Mark im Vorjahre) brachte die Zinkindustrie, wobei bemerkenswert ist, daß die Gewinnsteigerung mit einer Mindererzeugung verbunden war. Der Bruttogewinn des Geschäftsjahres 1916 stellt sich auf 12,33 Millionen Mark (gegen 10,19 Millionen Mark im Vorjahre). Die Abschreibungen sind wie im Jahr zuvor reichlich mit 4 Millionen Mark bemessen worden. Durch diese Abschreibungen der letzten zwei Kriegsjahre wurden die Anlagenkonten auf etwa 19 Millionen Mark heruntergebracht. Der Reingewinn beläuft sich auf 7.127.876 M. (gegen 4,51 Millionen Mark im Vorjahre und 2,88 Millionen Mark im Jahre 1914). Es gelangte daraus zur Auszahlung eine Dividende von 18 v. H. (4.910.220 M.), während sie im Jahre 1915 15 v. H. und im Jahre 1914 10 v. H. betragen hat. In den drei Kriegsjahren belaufen die Aktionäre nicht weniger als 11.719.970 M. bezahlt. Der Abschluß weist einen Posten von 2.842.884 Mark an rückständiger Dividende auf, was seinen Grund darin hat, daß ein großer Teil der Aktien sich in gegenwärtig feindlichem Auslande befindet. Bekanntlich ist ein großer Teil des Aktienbesitzes in den Händen der französischen Kapitalisten. Nach dem Kriege werden diese Herrschaften ihre inzwischen angesammelten Gewinnanteile abholen können.

Es heißt, daß der Begehr nach sämtlichen Erzeugnissen der Gesellschaft auch im neuen Jahre lebhaft ist und er dürfte auch weiterhin stark bleiben.

Es stehen nur noch die Abschlüsse der Vereinigten Königs- und Laurahütte, A.G. und der Hohenlohe-Werke aus. Unzweifelhaft werden auch sie keine ungünstigeren Ergebnisse ihrer Tätigkeit im letzten Geschäftsjahre aufzuweisen haben, als im Jahre zuvor.

Alle oberschlesischen Hüttenwerke haben ausgezeichneten Geschäftsgang, alle sind mit der größten Anspannung ihrer Betriebskräfte tätig, alle heimten immer größere Gewinne aus der anbauenden Kriegswirtschaft ein. Wie ist aber demgegenüber die Lage der Arbeiterchaft in der Kriegszeit? Sie wird immer trostloser, das Elend frisst sich immer tiefer hinein. Die Leuerung der Lebensmittel und aller Bedarfsgegenstände steigt zu schwindelhafter Höhe und dem stehen gänzlich unzureichende Löhne entgegen. Wie soll man etwa Stundenlöhne von 40, 45, 50 M. bei der heutigen ungesunden Leuerung bezichtigen? Sind sie etwa angemessen? Bei der zum Fleißersten angespannten Arbeit und ungenügender Ernährung, die immer mehr zur Unterernährung mit ihren schädlichen Folgen ausartet, müssen sie als einfach standlos benannt werden. Andererseits machen die von den Werken erzielten Gewinnträge angemessene Lohnerhöhungen ohne weiteres möglich. Es ist aber dazu unbedingt notwendig, daß die oberschlesischen Hüttenarbeiter sich starke gewerkschaftliche Rückenbedeckung schaffen. Solange das nicht der Fall sein wird, wird auch von angemessener Lohnaufbesserung keine Rede sein. Die oberschlesischen Hüttenarbeiter müssen jedoch höhere Löhne verlangen, wenn sie nicht zugrunde gehen sollen!

Darum massenweise hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!
Emil Caspari.

Die durchgehende Arbeitszeit auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven

Darüber wird uns geschrieben:

Der Bezirksausschuß für Konsumenteninteressen in Rüstingen-Wilhelmshaven hat an die Kaiserliche Werft folgende Eingabe für Einführung der durchgehenden Arbeitszeit gerichtet:

„Die bisherige getrennte Arbeitszeit mit 1½stündiger Mittagspause hat den großen Nachteil, daß der meiste größte Teil der Beamten, Angestellten und Arbeiterchaft mittags einen halbständigen bis zu einständigen Weg — von und nach der Arbeitsstätte — zurücklegen muß, um die Mittagsmahlzeit einzunehmen. Daß dadurch bei den heutigen Ernährungsverhältnissen, die im Laufe des Krieges sich noch ungünstiger gestalten und sich auch nach dem Kriege lange nicht wieder auf die früheren Friedensverhältnisse einstellen werden, ein erheblicher Kräfteverlust eintreten muß, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Wie gesundheitsschädlich dieser Weg bei schlechter Bitterung, zumal unter Berücksichtigung des außerordentlich mangelhaften Schuhwerks besonders im Winter ist, wird ebenfalls klar sein. Naturgemäß wird auch dadurch die Arbeit am Nachmittag ungünstig beeinflusst.“

Die ganze wirtschaftliche Lage auch nach dem Kriege wird es mit sich bringen, daß der größte Wert auf den Kleingartenbau und die Kleinviehzucht gelegt werden muß. Wilhelmshaven-Rüstingen und Umgebung bieten hierzu die beste Gelegenheit, was im allgemeinen bekannt sein dürfte. Die richtige und volle Ausnutzung dieser Gelegenheit ist aber nur dann möglich, wenn genügend Zeit zur Beschäftigung damit vorhanden ist. Dabei muß man vor allem auch berücksichtigen, daß in den meisten Fällen das Gartenland noch mehr oder weniger weit von der Wohnung entfernt und damit noch eine gewisse Zeit für die Wege zu rechnen ist. Bei der jetzigen Arbeitszeit fehlt daher fast durchweg noch die erforderliche Zeit für intensiven Gartenbau.

Eine Milderung kann nur durch Einführung der durchgehenden Arbeitszeit erreicht werden.

Betriebskundlich und wirtschaftlich hat die jetzige Arbeitszeit auch noch den großen Nachteil, daß bei der Mittagspause durch das notwendige An- und Auskleiden, Waschen usw., durch die Wege von und nach der eigentlichen Arbeitsstätte, bei Arbeiten im Außenbetrieb durch die Markenkontrolle usw. viel Zeit verloren geht, so daß vielfach, vielleicht sogar zum größten Teil statt der nur 1½stündigen Mittagspause eine 2½stündige Betriebspause eintritt.“

der eine Stunde voll bezahlt wird und in der eine Stunde lang Betriebs- und Arbeitsmaschinen nicht voll ausgenutzt werden.

Als durchgehende Arbeitszeit müßten nur 8 Stunden gelten, dazu käme noch eine halbstündige Pause, die unter Umständen in zwei je 1/4 Stunde zerlegt werden könnte. Alle Erfahrungen mit der achtstündigen Arbeitszeit bei gleichem Gesamtverdienst in Fabriksbetrieben haben ergeben, daß damit im allgemeinen dieselbe Arbeitsleistung erreicht wird wie mit einer 9- bis 10-stündigen. Bei den heutigen und künftigen Ernährungsverhältnissen wird das wohl erst recht zutreffen.

Der günstige sittliche und moralische Einfluß und die günstige körperliche Wirkung einer kürzeren Arbeitszeit dürfen nicht näher erörtert zu werden brauchen. Hingewiesen soll nur noch darauf werden, daß ein geistig und körperlich kräftiges Geschlecht gerade nach dem Kriege außerordentlich notwendig sein wird und daß auch auf die vielen Kriegesbeschädigten und auf die anderen durch den Krieg in mancherlei Hinsicht geschwächten Arbeitskräfte, die später gerade in Staatsbetrieben werden beschäftigt werden müssen, Rücksicht zu nehmen sein wird.

Es soll nun nicht verkannt werden, daß gerade in den Werkbetrieben während der Kriegszeit viele eiligen Arbeiten zu erledigen sind. Bei der achtstündigen Arbeitszeit ließe sich das nur durch Doppel- oder drei Schichten am Tage durchführen. Man könnte nun einwenden, daß dementsprechend eine größere Anzahl Arbeitskräfte und vermehrtes Aufsichtspersonal nötig sind. Zutreffen würde das nur, wenn bei der jetzigen neunstündigen Arbeitszeit wirklich mehr gearbeitet wird, was aber bezweifelt werden kann. Eine Arbeit in Ueberstunden ist aber auch bei der durchgehenden Arbeitszeit immer noch möglich, wenn dem Arbeiter Gelegenheit gegeben wird, sich rechtzeitig darauf einzurichten. Es dürfen natürlich nur außergewöhnliche Fälle in Frage kommen. Dann aber kann bei einer sonst nur achtstündigen durchgehenden Normalarbeitszeit um so mehr damit gerechnet werden, daß alle Beteiligten die Ueberstundenarbeit williger leisten und mehr dabei schaffen als jezt.

Sollten sich im Laufe der weiteren Erwägungen noch unüberwindliche Schwierigkeiten herausstellen, während des Krieges die durchgehende Arbeitszeit einzuführen, so würde die Zustimmung, unmittelbar nach dem Kriege damit zu beginnen, schon wesentlich zur Befriedigung vieler Wünsche beitragen.

Es bleibt dann nur noch die Frage zu erörtern, wie gestaltet sich die Ernährung bei der durchgehenden Arbeitszeit? Sie wird wohl zweifellos eine warme Mahlzeit zwischendurch erfordern. Eine dicke Suppe ist wohl hierfür das Günstigste. Dem Arbeiter müßte dann Gelegenheit gegeben werden, sie preiswert zu erhalten, oder, wenn er sie von Hause mitbringt, zu wärmen und in angemessenen Räumen in der Nähe der Arbeitsstätte einzunehmen. Beides läßt sich bei einigermaßen gutem Willen durchführen. In der Familie selbst kommt freilich eine Schwierigkeit hinzu, nämlich die Frage, ob die Zeit des Mittagessens mit Rücksicht auf die schulpflichtigen Kinder wie bisher beibehalten werden soll. Der Familienvater müßte alsdann später für sich essen, wobei das Aufwärmen der Speisen lästig und etwas kostspielig sein wird; oder das Mittagessen in der ganzen Familie wird entsprechend verschoben. Jede Veränderung in den bisherigen Gewohnheiten wird gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen, die aber sicherlich, wie ich wiederhole, mit der Zeit sich überwinden lassen, zumal auch die deutsche Frau, wie es der Krieg am besten gelehrt hat, sich leicht anderen Gewohnheiten, wenn es die Zeit erfordert, anpassen kann.

Es sei zu dieser Eingabe bemerkt, daß die organisierten Arbeiter der Arbeiterkassen bereits schon wiederholt an die Verwaltung derselben wie an das Reichsministerium mit dem Antrag herangetreten sind, die durchgehende Arbeitszeit auf den Reichsministerien einzuführen. Die gleichen Gründe, wie in dieser Eingabe, wurden angeführt. Die Verwaltungen waren vergeblich. Wenn die Eingabe des Reichsministeriums für Konsumenteninteressen Erfolg haben sollte, was wir wünschen, so ist auch die frühere Tätigkeit dafür nicht unfruchtbar gewesen.

Lohnstreitigkeiten und Schlichtungsausschüsse

Von einem Feldsoldaten. Hier brauchen an der Front hat man ja leider wenig Gelegenheit, sich über Erscheinungen im Gewerkschaftsleben auszusprechen. Deshalb ist man beim Lesen der Verhandlungsberichte ganz — das ist ein bester Name — wie man ja wirklich „ganz beheim“, doch hierin müssen wir uns noch eine kleine Weile gebühen. Aber nichtsdestoweniger kann man seine Gedanken einmal niederzuschreiben. Die

Die unvollkommene Maschine

Von der Seite her hängt ein feiner Faden, an dem unten eine Kugel befestigt ist. Sie soll gerade ein Milligramm wiegen und so leicht sein, daß sie ein Billardspieler kaum wahrnehmen würde. Und neben diesem Faden hängt ein zweites, ebenfalls. Beide Kugeln sollen einander gerade leise berühren, wenn alles in Ruhe ist. Diese scheinbar vorübergehende Verbindung die Berührung einer Maschine, und ihr Spiel ist ungemein lehrreich, weil es ganze Reihen von weitverbreiteten Gedanken anleitet. Aus dem erwarteten Spiel einzuleiten, wird die eine der Kugeln um ein gewisses Stück angefahren. Es seien bequeme Zahlen gewählt. Die Kugel wiegt ein Millio, und es soll der Betrag, um den sie nach dem Anfahren höher über dem Boden liegt als zuvor, ein Meter ausmachen. Dann hat die wirkende Hand offenbar bei ihrer Tätigkeit den Arbeitsbetrag geleistet, der als ein „Metrisch“ bezeichnet wird. Diese Anfertigung von Arbeit ermöglicht man eine interessante Tätigkeit der kleinen Anlage. Es kommt nun die in die Höhe gehaltene Kugel fortzugeben und sich selbst überlassen zu werden. Dann geht sie sich selbst in Bewegung. Ihre bevorzugte Höhenlage löst sie dabei allerdings mit jedem Augenblicke mehr und mehr ein: daß sie gewinnend sich jedoch an lebendiger Kraft, an Macht. Jetzt hat die Kugel ihre höchste Lage erreicht: was wird nun geschehen? Mit häufigem Schlag muß sie auf die Gefährten, die ruhig an ihrem Platz geblieben war. Und dann tritt ein eigenartlicher Anstich ein. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Kugeln gleiche Massen haben und vollkommen elastisch sind. Es tritt nämlich die herkömmliche Kugel beim Auftreffen auf den Boden ein; dafür geht sie sich aber in der Summe ein, die man mit demselben Schlag auslösen mag.

Meinungen der Kollegen gehen ja hin und her, das bezeugt ja, daß sie gewiß nicht schlafen in der Heimat. Ich befürchte deshalb auch nicht, daß wir bei unserer glücklichen Teilnahme einen gewerkschaftlichen Kirchhof vorfinden werden. Es sei denn, die Metallarbeiter leisteten sich den Luxus und trennten sich in „Abhängige“ und „Unabhängige“. Daß diese Gefahr durch die Kölner Generalversammlung ganz beseitigt ist, glauben hier draußen nicht alle. Ich hoffe aber, die Metallarbeiter bleiben vernünftig.

Bei dem sehr begrifflichen Streben nach Lohnhöhung fällt einem auf, daß so viele derartige Streitigkeiten vor die Schlichtungsausschüsse kommen. Daß dort die Regelung nicht immer so ausfällt, wie die betreffenden Arbeiter es sich wünschen, verstehe ich. Allerdings nicht aus dem Grunde, weil die Zusammensetzung der Ausschüsse nicht so ist, daß der Bescheid immer zu Gunsten der Arbeiter ausfällt, sondern weil die Kollegen, die dort die Arbeiter vertreten, nicht immer die gewöhnlichen und nötigen Beweismittel haben. Gätte man dieses, so ließe sich in vielen Fällen sicher mehr herausholen. Man sieht aus den in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Verhandlungen oft, daß deren Leiter und die Ausschüsse sehr oft solche stichhaltigen Beweismittel fordern.

Also unsere alten Lohn- und Gehaltslisten können dort zu Ehren. Für die jungen und neuangeworbenen Mitglieder mag diese Aufzeichnung von Tag- und Wochenverdiensten den Reiz der Neuheit haben. Wir alten finden aber nichts besonderes dabei. Wir finden höchstens, daß trotz aller Warnungen an die Mitglieder in dieser Sache, diese Lohnlistenführung ihnen noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Schon früher wurde bei Verhandlungen mit den Unternehmern das Fehlen solcher Unterlagen oft sehr bemängelt. Die Kollegen in den Arbeitervereinigungen und Lohnkommissionen, vor allem natürlich auch unsere Angehörigen, konnten ein Lied davon singen. Wie oft kam der Unternehmer mit seinen Lohnlisten in der Hand zu den Verhandlungen und bewies, daß die Verdienste in seinem Betriebe oder in der einen oder andern Abteilung im Durchschnitt um so und so viel gestiegen seien. Eine sofortige Nachprüfung oder Richtigstellung war sehr oft unmöglich, weil alle Aufzeichnungen auf unserer Seite fehlten. Man mußte erst wieder in einer Versammlung Beweismittel sammeln und erneut zur Verhandlung gehen. Mittlerweile hatte der Unternehmer oder der Arbeitgeberverband seine meist sehr geschickt gemachte Lohnaufstellung längst in der Presse veröffentlicht und die Öffentlichkeit schimpft dann auf die aufgegebenen unterworfenen Arbeiter, die den armen Unternehmer zugrunde richten wollten.

Einige Mitglieder suchten sich durch solche Vorkehrungen ja angezogen, Gehaltslisten über Einnahmen und Ausgaben zu führen. In vielen Verwaltungsbüros ging man dazu über, durch die Vertrauensmänner die Lohnlisten einsammeln zu lassen, um später nötigenfalls Lohnnachweise zu haben. Aber mit welchen Schwierigkeiten war so eine Sammlung verknüpft? Welche recht eigenartige Einwendungen wurden von manchen Mitgliedern gemacht, um sich von der Abgabe der recht bescheidenen, aber so ungemein wichtigen Lohnliste zu drücken.

Angeregt durch das Lesen der Berichte aus den Schlichtungsausschüssen in der Metallarbeiter-Zeitung, sehe ich heute wieder ganz deutlich einen alten, aber sonst sehr wichtigen und richtigen Verbandskollegen in einer Versammlung aufstehen, der meinen Hinweis auf die Wichtigkeit der Lohnaufzeichnungen zur Begründung von Lohnforderungen mit dem Einwand bekämpfte: die ganze Geschichte sei nur dazu, die Kollegen sei einmal zu verdrängen und davon abzuhalten, die Forderungen zu stellen; die Kollegen sollten erst einmal „beruhigt“ werden. Andere meinen, die Ortsverwaltung wolle eine gewisse Ueberstufung über die Verdienste haben, um bei allenfalls nötigen Extrabehältern festzustellen, wer viele, wenige oder gar keine Extrabehälter leisten könne. Auch wurde befürchtet, man wolle feststellen, wer Stellenbesitzer über Höchstgehälter bei Außerordentlichem durchbehalte. Nebenbei bemerkt: dieses wäre noch gar keine Sünde der Ortsverwaltung. Denn wer kennt nicht den Kampf der Ortsverwaltungen mit den nie genug Verdienenden und den Ueberfordernden bei Außerordentlichem? Warum solche Kollegen es nicht manches Mal der Verbandsleitung fast unmöglich, überhaupt erst eine feste Grundlage bei Außerordentlichem zu schaffen? Nicht selten waren aber solche Ueber- die-Schwarzer und Ueberforderer die Leiter solcher hier erwähnten Einwendungen.

Wenn nun die Kollegen bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen nicht immer auf ihre so wohlverdiente Rechnung kommen, sind da die Kollegen nicht etwa selber schuld? Könnte wenigstens in dieser Hinsicht mit den Lohnlisten nicht manches besser sein? Es scheint ja nun, daß durch das Verhalten vor den Schlichtungsausschüssen die früher widerstrebenden Mitglieder eines besseren belehrt werden. Hauptsächlich gehen diesen nun die Augen auf. Solche Aufforderungen von Behörden, Schlichtungsausschüssen oder Gewerbebehörden sind nicht beliebt, aber sie sind die von den eigenen Kollegen. Den Verbandsfunktionären wurde ja bei solchen Anweisungen auch oft an den Kopf gesprochen, sie seien „Bürokraten“ usw.

Wenn nun die Mitglieder richtig nachdenken, dann finden sie gleich den Haken. Die Bestehenden solcher Ausschüsse sind meistens keine Arbeiter, sondern Vorgesetzte, und als solche halten sie sich eben an die Tatsachen. Da können die Forderungen der Arbeiter noch so notwendig sein, die Lebenshaltungskosten noch so sehr gestiegen sein bei demselben Festhalten der Löhne. Das bloße Forderung und der schonige Idealismus der Arbeiter kann sie nicht bewegen, zu gunsten der Arbeiter zu entscheiden. Rasche Tatsachen, Zahlen wollen sie sehen, das kann sie schließlich überzeugen. Deshalb, Kollegen und

Aber — es gibt nichts Vollkommenes! Die zweite Kugel erreicht eben doch nicht die Höhe, zu der sie emporgeschoben sollte. Vielleicht fehlt nur ein ganz kleines Stüchchen. Aber selbst der millionste Teil eines Milligramms ist schon bedeutsam und folgenschwer. Die ganze Welt der Natur würde sich auf den Kopf stellen lassen, wenn dieser kleine Mangel nicht vorhanden wäre. Stiege die zweite Kugel wirklich um ein Meter, so könnte sie beim Rückfall die erste Kugel wieder an deren Ausgangspunkt bringen, und so vermöchte das Spiel unendlich weiterzugehen. Dann wäre ein Traum verwirklicht, dem auch heute noch mancher Erfinder nachhängt: der Traum vom Perpetuum mobile, von der vollkommenen Maschine, die ewig läuft, nachdem sie einmal einen Anfang erhalten hat.

Die Erfahrung zeigt aber, daß jede Maschine schließlich still steht, wenn ihr nicht immer neue Kräfte zugeführt werden. Wenn das Wippen „unmöglich“ ist, so können wir, so verstanden ist dies eben der Kraft der Feder oder des Gewichtes, die man von Zeit zu Zeit aufsetzt. Es ist Julius Robert Mayer gewesen, der 1842 — also vor manchem 75 Jahren — Klarheit darüber geschaffen hat, wo denn die verlorenen Arbeit bleibt. Er hat es nämlich zuerst deutlich ausgesprochen, daß bei allen Maschinen ein Teil der Arbeit in Wärme übergeht. Etwas Anders haben das geahnt, und es haben Forscher vor und nach Mayer die Kräfte zwischen Arbeit und Wärme zu verfolgen gesucht. Bereits 1798 bemerkt Rumford die beim Anbohren eines Kanonenrohres eingeführte Arbeit mit der erzielten Wärme. Dann hat 1799 Caloricus in einem Impuls, der um 1 Grad abgekühlten Wasser durch Reibung zum Schmelzen. Mayer untersuchte die Wärmeentwicklung bei der Zusammenpressung von Gasen, wobei eine bestimmte Arbeit eingeführt wurde.

Bekanntlich wichtig waren aber die Untersuchungen von Joule (1845), der die Wärme in Wasser untersuchen ließ und dabei fand, daß immer 424 Metrischen Arbeit — richtiger ist die Zahl 427 — eine Temperaturerhöhung bewirkt, das heißt soviel Wärme wie nötig ist, um ein Kilo Wasser ein Grad wärmer werden zu lassen. Steht also unser Apparat schließlich still, so ist durch Reibung an der Luft, durch Reibungen an den Achsen, durch Reibungen in den Gelenken ein Metrisches Arbeit verloren gegangen, und dafür ist soviel Wärme entstanden, daß der 427 Teil eines Kilo Wasser, also reichlich 23 Gramm, ein Grad wärmer gemacht werden können. Und wo immer eine Dampfmaschine, ein Dynamo, ein Motor, ein Fließband, ein Getriebe, ein Motor, ein Transformator, ein Treibriemen und dergleichen tätig ist, wird stets die entsprechende

Kolleginnen: holt nach, wo es in dieser Beziehung nachzuholen gibt. Legt euch Hauswirtschaftslisten an! Nicht besser: sammelt in euren Verwaltungsbüros Unterlagen nicht nur für Lohnforderungen, sondern für alle vorkommenden Streitfragen. Ihr erleichtert dadurch euch und den Vertretern eurer Forderungen die Verhandlungen. Dann dürften auch eure Erfolge vor den Schlichtungsausschüssen bessere Ergebnisse zeitigen. Aber auch für die Zukunft ist dieses Sammeln von Nutzen, denn daß es nach dem Kriege viele und große Lohnkämpfe geben wird, ist an dieser Stelle nun schon so oft gesagt worden, daß hieran billigerweise wohl nicht mehr zu zweifeln ist. Deshalb handelt, seid klug und baut vor. Fr. Fr.

Arbeiter hütet euch!

So war vor kurzem in einer unserer Tageszeitungen zu lesen. Der Grund dazu war folgender: Die Arbeiterzeitung hat, einerseits den großen Mangel an Sacharbeitern auszugleichen, andererseits unseren kriegsbeschädigten gelesenen Arbeitern einen neuen Beruf zu eröffnen und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie unermindert zu erhalten oder noch zu erhöhen, kann kaum bestritten werden. Dieses System der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ ist aber ferner geeignet, noch eine dritte Wirkung von weittragender Bedeutung auszulösen: die in Folge der Kriegswirtschaft ins Ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne allmählich wieder in ein richtiges Verhältnis zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu bringen. Nach der Arbeiterzeitung hätten die unverhältnismäßig hohen Arbeitslöhne, deren Höhe auch durch die gewaltige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht voll auf gerechtfertigt sei, nur dazu geführt, daß der Luxus nicht zuletzt in den Kreisen der Arbeiter und deren Angehörigen mit der Dauer des Krieges immer mehr zugenommen hat.

Wie erhebend und ausgleichend wurde es einst bezichtigt, als die Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr“ geprägt wurden. Und wie erniedrigend ist es, jetzt gerade von denen hören zu müssen, die während dieses Weltbrandes hohe Dividenden schlugen wie nie zuvor, daß der Arbeiter infolge hoher Löhne „Luxus“ treibt. Will man denn in diesen Kreisen gar nicht begreifen, daß bei der jetzigen Ernährung die Volksgesundheit erschüttert wird? Denn trotz der „hohen Löhne“, die bei den jetzigen Lebensmittelpreisen doch eigentlich noch zu niedrig sind, können dem menschlichen Körper nicht einmal die allernützlichsten Nährstoffe in angemessener Menge zugeführt werden. Man vergleiche doch einmal Lohnsteigerung und Lebensmittelpreise. Bege dem, der ernstlich krank wird. Die Sterbezahlen, überhaupt Kranken- und Krankheitszahlen werden uns später darüber Auskunft geben. Doch lassen wir die Arbeiterzeitung zum Schluß kommen. Es heißt da: „Für die Löhne in ein „richtiges“ Verhältnis zu bringen“ ist die Zeit unannehmbar nach dem Kriege außerordentlich geeignet. Während jener Uebergangzeit wird, vor allem wegen Mangel an Rohstoffen zunächst ein Arbeitsmangel eintreten. Diese Zeit der Ruhe, nicht nallen Beschäftigung eignet sich vorzüglich zum Umlernen, die nötigen Funktionsmesser auszubilden und heranzubilden (wobei Fach- und Werkstätten mitwirken könnten), die geeigneten auszubilden und anzulernen, Normalkarten zu schaffen, Beobachtungs- und Zeitstudien zu machen. Umgekehrt werden auch die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter umgelernt haben, das heißt hier, sie werden vorurteilslos gegen Neuerungen sein, einen freieren Willen für wirtschaftliche und soziale Dinge haben. Hinzu kommt, daß die meisten sich erst wieder einzurichten müssen und froh sein werden, wenn sie nach dem Leben im Felde erst wieder zu geregelter Beschäftigung zurückkehren können, wobei sie dann weniger Wert darauf legen werden, nach welchem System diese Beschäftigung geregelt wird.“

Ran zur Wirtschaft! Man erwartet also von den Arbeitern zugunsten der Unternehmer so gut wie alles. Nur dürfen die Arbeiter von den Unternehmern nicht erwarten, die Bestimmungen der bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu verlangen. Ohne weiteres erwarten ferner die Unternehmer, daß gelehrte Maschinenarbeiter Frauen zu bestimmten, bisher von ihnen geleisteten Arbeiten anlernen. Mit Recht erklären sich die Arbeiter nicht ohne weiteres bereit dazu. Die Frauenarbeit als solche gilt ihnen zwar nicht als Wettbewerb, sondern deren geringere Bezahlung. Und dies ist Grund genug. Maschinenarbeit ist nun einmal leichter zu berechnen, weil die mechanische Kraft oder maschinelle Leistungsfähigkeit die Grundlage zur Berechnung bildet, was bei den mit körperlichen Kräften Arbeitenden nicht so leicht möglich ist. Aber das ist es gerade, worauf es ankommt und worauf Wert gelegt werden muß. Jede an der Maschine arbeitende Person muß die gleiche Verdienstmöglichkeit haben. Gleichviel, ob gelernt, oder umgelernt, ob Mann oder Weib. Zumal doch in der Regel an den Maschinen in Arbeit gearbeitet wird. Den gelehrten Arbeitern bleibt ja immer noch der Schuh, meistensils sauberer und genauer arbeiten zu können und dadurch gesucht zu sein. Und man soll nicht herkommen, und die niedrigere Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft damit begründen, daß ihre geringere Leistungsfähigkeit die Amortisierung der Maschine und des Arbeitsplatzes erschwere. Nichts wird leichter sein als dies zu widerlegen. Nun will man also unseren kriegsbeschädigten gelesenen Arbeitern einen neuen Beruf „eröffnen“. Das ist sehr schön, aber werden nicht gerade in diesen Zeiten die Vermutungen, die sich sehr zu Funktions- und Zeitmeister, wie das Taylorsystem es vorzeichnet, eignen? Sindtemalen sie ja nicht ohne weiteres, wie jeder gesunde Arbeiter

Arbeit kleiner sein als die, die eingesetzt worden ist, weil Wärme entsteht.

Für die rein wissenschaftliche Betrachtung der Arbeit ist die Lehre Robert Meyers nicht nur sehr wichtig, sondern sie gewährt auch eine hohe Befriedigung. Man braucht nur den oben aufgestellten Satz über die „Äquivalenz“ oder Gleichwertigkeit von 427 Kilo Arbeit und einer Einheit Wärme umzulehren und zu erklären, daß ja aus der entstehenden Wärme wiederum wieder jene Arbeit erzeugt werden könne, die in Wärme übergegangen war. Damit ist dann erwiesen, daß an sich nichts Arbeitsfähigkeit oder „Energie“ aus der Welt verschwinden kann, und damit hat man einen grundlegenden Satz gewonnen. Aber diese Wahrheit tröstet den Kräftler doch nicht über die katastrophale Unvollkommenheit aller seiner Maschinen hinweg. Mechanische Vorgänge, chemische Erscheinungen, elektrische Ströme geben alle nur zu gern und leicht in Wärme über. Das ist kaum wunderbar. Ein zumlaufendes Rad vollzieht eine geordnete Bewegung; erwärmen sich dabei die Lager seiner Welle, so führen die kleinsten Reibungen der sich reibenden Körper einen ganz auf, dessen ungeordnete Bewegungen eben „Wärme“ darstellen. Viel schwerer geht ein solches zerfahrenes Spiel wieder in ein geregelter über. Nimm man einen dahineilenden Eisenbahnzug, so entwidelt sich reichlich Wärme in Bremsschienen und Rädern, aber niemand dürfte sich anheischig machen, in dieser dem Zug seine verlorenen Kräfte wiederzugeben. Solche Wärme läßt sich überhaupt nur zum kleinsten Teil lassen und fruchtbar machen. Es ist nämlich zu beachten, daß Wärme nur arbeiten kann, wenn ein „Temperaturgefälle“ vorhanden ist. Ein glühender Eisenstab, der an seinen beiden Enden gleichwarm ist, vermag bei der Abkühlung viel Zusammenziehungskraft zu entwickeln. Schließt man ihn aber in einen wärmeisothermen Raum ein, so kann er nur solange zusammenziehend wirken, bis seine Umgebung ebensoheiß wird, wie er selbst noch ist. Dann ist keine Wärmeenergie mehr eine „ruhende“, keine „freie“ mehr, die noch zu arbeiten vermöchte. Unter eingangs vorgedrucktes Maschinen zeigt in der Bezeichnung durch Robert Mayer vielleicht das Bild einer fernem Zukunft. Auch der Selbsttrag der Energie nicht endlich ganz in Wärme übergehen, die nicht mehr zu verwenden ist? Wird nicht schließlich alles eine gleichmäßig temperierte Masse sein, deren Teilchen wohl noch würde Reigen anführen, aus der aber kein wirkliches Leben mehr hervorgehen kann? Hans Vorquinn.

Berichte

Metallarbeiter.

ihre Hindernisse können. Nun steht ja ein fest: Betriebsricht, wie sie das Taylorsystem bringt, bedeutet einen Fortschritt der kapitalistischen Wirtschaftsform, aber indem diese ihre Höhe rasch erklimmt, auch eine Umwälzung dieser Wirtschaftsform. Deshalb wollen wir keine Hindernisse bereiten. Eins wird aber wohl in bestimmten Betrieben der Einführung des Taylorsystems hindernd im Wege stehen: Das sind die alten Betriebe, die in der Maschinenaufstellung wenig geschickt sind und mit unzuverlässigen Werkzeugen arbeiten.

Aber wie bei allem andern, so muß die Arbeiterschaft auch bei dieser Arbeitsweise, das für sich herausklagen, was ihr nützlich ist. Und dazu gehört ein wirksames Maß von Mitbestimmungsrecht. Die Arbeiterschaft muß die Dinge vorurteilsvoll betrachten. Die Arbeiterausschüsse sind schließlich nicht nur für die Unternehmer da, sondern doch wohl vor allen Dingen für die Arbeiter. Die Arbeiterausschüsse haben sich das Recht zu erwirken, vor allem die Lohnstatistiken, die die Unternehmer so prächtig ausgebaut haben, ausgehändigt zu bekommen. An deren Hand kann eines jeden einzelnen Arbeiters Verdienst bis ins kleinste nachgesehen werden, denn über jede Arbeit wird doch ein Stunden- oder Arbeitsmittel ausgeföhrt. Ist an Hand der Lohnstatistik der Verdienst ein nicht befriedigender, so können dann durch die Stunden- oder Arbeitsmittel die trunken oder faulechten Akkorde festgestellt werden. Ferner muß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sehr klar erkennbar sein. Das ist Mittelzeug, womit die Arbeiterausschüsse der Allgemeinheit sehr dienen können. Doch müssen hierbei die Kollegen mitwirken, um den Zweck zu erreichen. Wird ferner erwirkt, daß beim Einsetzen des Taylorsystems jedem Arbeiter die Berechnung der Schnittgeschwindigkeit, also des Schnell- und Langsamlaufens der Maschine, und der Vorschub oder die Menge des vom Werkzeug zu erfassenden Stoffes möglich ist, dann haben wir, wenn auch nicht alles, aber sehr viel, was zur Befriedigung unseres Arbeitsverhältnisses beiträgt. Aber, wird uns das gelingen? Ja, es muß!

Natürlich darf nicht nur der Mann aus der Werkstatt daran denken, sondern unsere Führer, politische wie gewerkschaftliche, müssen dem Geist der Zeit auch wieder einmal Rechnung tragen. Die Auslassungen des Herrn von Brielandt in der Arbeiter-Zeitung müssen doch ohne weiteres dazu beitragen. Eins steht fest, der Krieg hat den Kapitalismus in der Technik auf Jahrzehnte gefördert. Mit ihm Schritt zu halten, war der Arbeiterschaft gar nicht möglich. Nebenbei kommen noch gewaltige Kapitalanhäufungen in Frage. Aber die Kriegsschuld entlastet nicht nur Landbesitzer, sondern auch — geistige Auffassungen. Und geben unsere Führer ernstlich daran, die Entwicklung des Kapitalismus zum Wohle der Arbeiterschaft auszugleichen, wozu auch obiges gehört, wahrhaftig, es bliebe verdammt wenig übrig, sich dem Kriegskammal hinzugeben, der — wie es einem bald deutlich — die Lebensaufgabe so mancher „Große“ gemessen zu sein scheint.

Hr. (Magdeburg).

Fürstenwalde (Spree). In unserer Generalversammlung vom 5. September gedachte der Bevollmächtigte zunächst der in der Verantwortlichkeit gestorbenen und auf den Schlachtfeldern gefallenen Kollegen. — Der Kassenabschluss vom 2. Vierteljahr ergab für die Hauptkassaeine Gesamteinnahme von 7139,05 M., einschließlich 303,55 M. Bestand vom 1. Vierteljahr, die Gesamtausgabe 6305,53 M., wovon 4500 M. an die Hauptkasse abgeführt worden sind. Die Lokalkasse hatte einschließlich 1339,30 M. Bestand 3639,59 M. Einnahmen und 1861,79 M. Ausgaben. Der Kriegshilfsfonds hatte seit Kriegsausbruch eine Gesamteinnahme von 14877,60 M. und eine Ausgabe von 13738,20 M. Der Bestand von 1139,40 M. wird nach einstimmigem Beschluß der Versammlung der Lokalkasse zugeführt. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde, die Lokalkasse für die erste und zweite Beitragsklasse um je 10 % die Woche zu erhöhen (von 80 auf 90 % und von 60 auf 70 %). Die Sammlungen für den Kriegshilfsfonds werden eingestellt und die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Lokalkasse sollen zu Unterstützungszwecken der Kriegsteilnehmerangehörigen Verwendung finden. — Sodann erstattete Kollege Heider den Bericht von der Kölner Generalversammlung. Er bezeichnete die Entwendungen der Opposition gegen die Faltung der Verbandsleitung während des Krieges als unbegründet und sprach die Hoffnung aus, daß der Verlauf der Generalversammlung für die Weiterentwicklung des Verbandes von Nutzen sei, daß namentlich die durch die Kriegswirren hervorgerufenen Streitigkeiten wieder beseitigt werden. Eine Aussprache knüpfte sich an den Bericht nicht, so daß auf das Einverständnis die Versammlung mit den Ausführungen geschlossen werden konnte.

Hannover. In der am 1. September abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung wurden zu der Bezirkskonferenz am 9. September als Delegierte gewählt die Kollegen Jenke, Ganebuth und Larnau. Ueber die Arbeiterauswahlwahlen in den Betrieben der Hannoverischen Metallindustrie und die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse führte Jenke aus: Als nach Inkrafttreten des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst die im § 11 des Gesetzes vorgeschriebenen Wahlen der Arbeiterausschüsse erfolgen mußten, setzte zuvor alsbald die Agitation der Werkvereine ein. In ihren Propagandaorganen stellten die Werkvereine die Sache so dar, als ob jetzt endlich die von ihnen schon lange gestellten Forderungen, unter Mitwirkung der Arbeiterschaft das gute Einvernehmen in den Betrieben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhalten, verwirklicht würden. So lautete ein „Aufruf zu den Ausschusswahlen“. In den Parlamenten, sogar im Herrenhaus die Bestärkung und Genossen, sowie in Regierungskreisen legte man sich für die Werkvereine sehr ins Zeug, um den Einfluß, besonders der freien Gewerkschaften bei Ausführung des Hilfsdienstgesetzes möglichst zu verhindern. General Groener hatte schon vorher einmal gesagt, daß ohne die Mitarbeit und Hilfe der Gewerkschaften das Hilfsdienstgesetz überhaupt nicht zu machen sei; man sei auf sie angewiesen. Trotz der Bemühungen ihrer Freunde gelang es nicht, die Vertreter der Werkvereine in die durch das Gesetz geschaffenen Einberufungs- und Schlichtungsausschüsse zu bringen. Man setzte man alles daran, sie möglichst zahlreich in die Arbeiterausschüsse in den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten zu wählen. Der Erfolg war äußerst bescheiden. Gewisse Unternehmer fürchteten bei der Wahl der Arbeiterausschüsse, die den Unternehmer auch bei Streitigkeiten vor den Schlichtungsausschüssen zwingen können, um ihren Herrenlandpunkt und bereiteten dem Zustandekommen der Arbeiterausschüsse allerhand Schwierigkeiten. So glaubte man zum Beispiel, daß Vorstände von Betriebskrankenkassen, auch wenn sie nicht gleichzeitig als Arbeiterausschüsse erklärt worden waren, die Wahl eines neuen Arbeiterausschusses im Sinne des Hilfsdienstgesetzes unnötig machten. Diese Unternehmer mußten behrlich eines Besseren belehrt werden. Ueberhaupt mußte eine Reihe Unternehmer behrlich erkt, aufgefordert werden, die Wahlen vorzunehmen. Wie gewisse Unternehmer über die Arbeiterausschüsse denken, geht aus einem Anschlag in einem Betriebe hervor, auf dem gesagt war, daß der Arbeiterausschuss nur so lange gelte, wie das Hilfsdienstgesetz bestche, und daß dann der Krankenkassenvorstand wieder in Tätigkeit trete. Man verfuhr ferner, die Werkmeister zu den Ausschüssen mitzubringen zu lassen. Die Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes erhob Einspruch dagegen, da die Werkmeister zu den Angestellten gehören, die eigene Ausschüsse haben. Das Kriegsamt in Berlin entschied, daß die Werkmeister überhaupt nicht mitzuwählen hätten, ebensowenig wie die Arbeiter bei den Wahlen zu den Angestelltenausschüssen. Trotz aller Segnerhaft hatten die Gewerkschaften bei den Ausschusswahlen einen glänzenden Erfolg. In 10 Betrieben mit Werkvereinen erhielten sie 8473 Stimmen, die Gelben nur 1257. Ausschussmitglieder erhielten die Gewerkschaften 78, Erfahrmänner 151, zusammen 229, die Gelben 11 und 27, zusammen 38. Ferner wurden in 25 weiteren Betrieben ohne Werkvereine 137 Ausschussmitglieder und 239 Erfahrmänner der Gewerkschaften und nur 1 Ausschussmitglied und 7 Erfahrmänner der Gelben gewählt. Diese Zahlen müssen doch den einschichtigen Unternehmern, den Behörden, überhaupt der breiten Öffentlichkeit beweisen, welch unbedeutende Rolle die Werkvereine und sonstige Gegner der Gewerkschaften in der Arbeiterschaft spielen. Die Arbeiterausschusswahlen in der Metallindustrie in Hannover, Linden und Umgebung haben bewiesen, daß die Arbeiter fast ausnahmslos in den freien Gewerkschaften die reinste, unabhängigste und machtvollste Vertretung ihrer Wünsche und Forderungen erblicken und ihnen volles Vertrauen schenken. Die Presse der Werkvereine, die vor der Wahl sehr laut die Werbetrommel rührte, schwieg sich über das für die Gewerkschaften so glänzende Wahlergebnis aus. Auch nach den Wahlen versuchte man den Arbeiterausschüssen wieder allerhand Schwierigkeiten zu machen. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen sich da auf die vom Gesetz ihnen gegebenen Rechte stützen, diese auch benutzen und sich bemerkbar machen, um von den Unternehmern geachtet zu werden. In den Betrieben vor allem müssen die Kollegen einig zusammenstehen und den Ausschussmitgliedern bei ihren gesetzlichen Obliegenheiten den Rücken zu stärken. Wo das geschieht, zeigen die Unternehmer auch größeres Entgegenkommen. In der Ernährungsfrage bei der Beschaffung und gerechten Verteilung der Lebensmittel an die Arbeiter in den Betrieben können und sollen bekanntlich die Ausschüsse mitwirken. Jenke erkannte auch an, daß die Arbeiterinnen bei den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen mit Erfolg mitgewirkt haben. In Abteilungen, wo fast nur Arbeiterinnen beschäftigt waren, hat man besonders gut abgeschnitten, und es bewährt sich, daß auch Arbeiterinnen in die Ausschüsse genommen sind. Jenke gab dann auch einen kurzen Ueberblick über die verschiedenen Lohnbewegungen, über die in einer späteren Mitgliederversammlung nähere Mitteilungen gemacht werden sollen. Er befehlte dabei auch das zweckmäßige Eingreifen der Arbeiterausschüsse in Ausübung der ihnen vom Gesetz verliehenen Rechte, und schloß das eigenartige Verfahren der Unternehmer auf verschiedenen Werken, indem sie den höheren Lohn vorstellig werdenben Arbeitern an der Hand unrichtiger Statistiken die Wahrheit über die auf gleichartigen Werken bereits gezahlten höheren Löhne verschweigen. Der eine Unternehmer läßt den andern eben nicht in die Karten sehen. Die Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes wird für solche Fälle die richtigen Zahlen sammeln und den Arbeitern mitteilen, damit die Unternehmer sich nicht auf angeblich in andern Betrieben gezahlte niedrigere Löhne berufen können. Die letzten Lohnbewegungen hatten sonst im allgemeinen einen guten Erfolg. Wenn im vorigen Jahre die Lohnhöhungen im Bezirk der Verwaltungsstelle rund 1050000 M. betragen, so wird im laufenden Jahre wohl weit über das Doppelte herausgeholt werden, also weit über 2 Millionen Mark. Die Lohnforderungen waren durchaus berechtigt, da ja die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter unaufhaltsam und ganz ungeheuer verteuert wird. Die Hannoverische Arbeiterschaft wird aber bei ihren Lohnbewegungen die gesunde Bahn nicht verlassen, und darum ist auch von den Unternehmern zu verlangen, daß sie die vom Gesetz

zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Arbeiterausschüsse nicht nur anerkennen, sondern deren Arbeiten im Geiste friedlicher Auseinandersetzung auch erleichtern und fördern. In der Aussprache stimmten die Redner den Ausführungen Jenkes zwar zu, bezeichneten aber auch als bald zu stellende neue Lohnforderungen als unbedingt notwendig, weil die Preise für die Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände so sehr gestiegen seien, daß sie von den heutigen Löhnen nicht mehr bezahlt werden könnten. Jenke bemerkte zum Schluß, daß wir eine günstige Mitgliederbewegung in diesem Jahre hätten. Die Mitgliederzunahme betrage bisher bereits rund 800. Die Wähler zu den Arbeiterausschüssen hätten ebenfalls mehr Leben in die Organisation gebracht und zur Geltendmachung der Arbeiterrechte in den Betrieben angezettelt.

Jena. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 9. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die von 210 Personen besucht war. Anlaß dazu war der in der Mitgliederversammlung vom 18. Juli gefasste Beschluß, solange keine Beiträge an die Hauptkasse abzuführen, bis der Vorstand berichtet habe, ob und in welcher Höhe Verbandsgebühren zu Kriegsangehörigen vermandt worden sind. Der Bevollmächtigte Mathes erstärte noch einmal die ganze Angelegenheit und wies dabei auf die Unhaltbarkeit des Beschlusses hin. Vor Eintritt in eine weitere Aussprache wurde der Antrag vom 18. Juli (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 33) zurückgezogen. Dafür wurde folgende Entschlieung eingebracht und mit 177 gegen 23 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungern angenommen: „Die am 9. September 1917 im Gewerkschaftshaus tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Jena hält die Kriegspolitik des Hauptvorstandes und der Generalkommission für die Arbeiterschaft schwer schädigend. Sie fordert die schleimige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, da wichtige Verhandlungsgegenstände von grundsätzlicher Bedeutung den Mitgliedern vor der Kölner Tagung nicht bekanntgegeben wurden. Im Interesse der Einheit der Bewegung lehnt die Versammlung eine Beitragsverweigerung — die nach Lage der Sache zur Spaltung führen müßte — ab. Sie ersucht die Kollegen im Reich, sich der Forderung nach Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung anzuschließen und die Delegiertenwahlen im Sinne der Opposition zu beeinflussen. Sollte der Hauptvorstand — wie man es von ihm in den letzten Jahren gewöhnt ist — seine im Widerspruch zum Willen der Mehrheit der Mitglieder stehende Tätigkeit weiter fortsetzen, so trägt er die Verantwortung für die sich aus solcher Haltung ergebenden Konsequenzen.“

Anmerkung der Schriftleitung. Am 9. September — am gleichen Tage also wie die Jenaer Versammlung — wurde in Pflersleben eine Konferenz des 5. Bezirks abgehalten. Auf dieser wurde von Jena aus der Antrag gestellt, auf die Tagesordnung der Konferenz auch die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes zu setzen. Die Konferenz lehnte den Antrag mit großer Mehrheit ab. — Der neueste Jenaer Beschluß stimmt genau so schlecht begründet wie der vom 18. Juli, dessen Unhaltbarkeit durch die Entschlieung vom 9. September erklärt wird.

Rundschau

Gewaltandrohungen der Gelben.

Vom 1. bis zum 3. September hielt in Frankfurt a. M. der Hauptauschuß der Wirtschaftsfriedlichen sein 7. Jahresversammlung ab. Hauptredner war Schulte (Dortmund), der sich mit allem Nachdruck gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung wandte. Kame es dazu, dann würden die Wirtschaftsfriedlichen im ganzen Land Stoßtrupps ausbilden. „Dann proklamieren wir die Gewalt gegen die Gewalt.“ Der Redner berief sich auf die Thronrede vom 6. September 1898, in der dessen König versprochen sei, die sich nicht an Streits beteiligen wollten. (Es handelte sich damals um die Ankündigung des Jugendhausgesetzes.)

Die ganzen Verhandlungen durchzog die Frage, daß die Regierung die Kampfgewerkschaften bevorzuge. Entgegen dem Versprechen der Regierung würden die Wirtschaftsfriedlichen überall bei Seite gedrückt und geschnitten. Beim Hilfsdienstgesetz, im Kriegsverordnungsamt und bei der Kriegsinvalidenfürsorge habe man sie ganz übergangen oder ihnen nur untergeordnete Rollen übertragen. Jetzt wolle man gar den Streikgewerkschaften Arbeitskammern einrichten und durch die Tarifverträge die Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang umformen. Die Gelben würden einfach zu Menschen zweiter Klasse gestempelt. Die Arbeitsgemeinschaften der Streikgewerkschaften richteten sich ausschließlich gegen sie. Besonders während den Angriffen vor der früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ausgeföhrt, der angeblich den Plan einer Einheitsgewerkschaft propagiert hat, um die Wirtschaftsfriedlichen vollkommen zu erdrücken.

Die Gelben kündigten an, daß sie aus ihrer politischen Zurückhaltung herauszutreten und sich an den Wahlen beteiligen würden. Bethmann Hollweg habe zugegeben, daß die einseitige Bevorzugung der „unföhlichen“ Kampf- und Streikgewerkschaften eine Folge ihrer starken parlamentarischen Vertretung sei. Leidenschaftlich wandten sich die Gelben gegen alle freibühlichen Fortschritte und kündigten der Demokratie, die nur die Herrschaft des großen Kaufens sei, Kampf auf Leben und Tod an. Natürlich verwarfen sie auch den „Scheidemann-Frieden“. Da es gab es ein komisches Wortmännchen, weil ein Redner forderte, den Namen Scheidemann zu streichen, weil man ihm damit zu viel Ehre erwies. Dem wurde entgegnet, daß man gerade sein vaterlandsverräterisches Treiben kennzeichnen wolle, nachdem die Bergarbeiter-Zeitung in ihrer letzten Nummer den Gelben Landesverrat vorgeworfen hätte.

Alle Hoffnung setzen die Gelben auf die Spaltung der Arbeiterbewegung. Wir lassen hier wütlich folgen, was Herr Schulte darüber ausführte:

Die Spaltung der Sozialdemokratie hat auch auf die freien Gewerkschaften übergriffen. Die Militärrichter und Hofarbeiter in Berlin haben schon Stellung gegen die Verbandsleitungen genommen. Hätte das Oberkommando in den Marken nicht in Berlin die Wahlen der Delegierten verhindert, dann hätte sich die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Köln schon gegen die alte Partei erklärt. Für die Zeit nach dem Kriege ist die Spaltung der freien Gewerkschaften bestimmt zu erwarten, zum mindesten findet eine Radikalisierung statt. ... Trotzdem werden die Streikgewerkschaften von der Regierung begünstigt. Als Gewerkschaften und Partei 1914 vor dem Paragrafen standen, erfolgte der Ministerbesuch im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus... Dann rannte sich die Sozialdemokratie wieder empfort.

Was Herr Schulte von den Berliner Wahlen zu unserm Verbandsstag gesagt hat, stimmt natürlich nicht, denn die Berliner Kollegen sind so sehr nicht am Wählen gehindert worden, daß sie sogar zweimal wählen konnten. Immerhin zeigen seine Ausführungen aber doch, wie sehr bei den Gelben der Wunsch der Vater des Gedankens ist und wie freudig sie jedes Anzeichen von Spaltung in der Arbeiterbewegung begrüßen.

Wieviel Mitglieder die Gelben haben, wurde nicht gesagt, nur in einem Telegramm an den Kaiser sprach man von 20000 Arbeitern. Indessen auch wenn man die Wähler der Gelben sehr viel geringer schätzt — lernen kann man gleichwohl von diesen erbittertesten Feinden der Arbeiterklasse, daß die Selbstherrlichkeit aufsteigen muß.

Zur Einschränkung des Gasterbrauchs im Haushalt.

Die Kölnische Zeitung (Nr. 844 vom 1. September) bringt folgende beachtenswerte Mitteilung:
Ferkühndlich ist der Gasterbrauch der Haushaltungen auf 30 v. H. des vorjährigen Verbrauchs im gleichen Monat festgesetzt worden ohne zu berücksichtigen, daß inzwischen wohl überall der Preis des Gases geringer geworden ist. Nachstehende Betrachtung

Unser Verband in der 161. Kriegswocde

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 161. Kriegswocde ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Wählung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Gothe, Gughaven, Heide, Heterfen, Wedel-Schulan und Andau.

Übersicht über die Zeit vom 28. August bis zum 1. Sept. 1917

Wochentag	Verwaltungstellen haben berichtet ja	nein	Mitgliederzahl im Anfang der Woche	Darvon von Gewerkschaften	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Darvon von Gewerkschaften	Darvon am Ende der Woche	Wahlberechtigt	Wahlberechtigt im Verhältnis	
1.	84	—	9476	27	88	38	9898	6	0,06	88
2.	29	—	11806	7	50	10	11256	6	0,05	27
3.	81	—	9520	18	79	11	9441	8	0,08	80
4.	51	—	43787	78	452	239	49395	62	0,14	667
5.	78	1	38139	91	288	86	37845	20	0,05	96
6.	38	4	94534	92	205	80	34329	8	0,02	170
7.	84	—	56751	67	469	114	56282	9	0,01	94
8.	27	—	18838	48	185	48	18703	7	0,04	72
9.	49	—	38869	58	289	112	39580	157	0,40	100
10.	38	1	25547	51	167	56	25380	39	0,15	222
11.	1	—	68282	139	82	82	68200	138	0,20	448
Zus.	410	6	356093	666	2849	871	353744	454	0,18	2064

Wahlberechtigt der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Reingewonnenen und vom Gese Entlassenen.

In der Berichtswocde wurden (außer Berlin) 5174 neue Mitglieder aufgenommen. 205 Mitglieder wurden mehr zum Gese eingezogen als entlassen.

5239 Mitglieder = 1,49 v. H. waren krank gemeldet, an die 41788 M. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 23. Sept. der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. September 1917 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Waagen für die 1. und 2. Beitragsklasse 10 % pro Woche, für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % pro Woche.

Der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. vom 1. Oktober an für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % pro Woche.

Der Verwaltungsstelle Grunberg für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse 5 % pro Woche.

Der Verwaltungsstelle Regensburg für die 1. und 2. Beitragsklasse 15 % pro Woche (Rat 10 %), für weibliche und jugendliche Mitglieder 10 % pro Woche (Rat 5 %).

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Maschinenbauer Wilhelm Küster, geb. am 11. März 1879 zu Bradebe (4116).

Anzuhalten und an den Vorstand einzufenden ist:

Buch-Nr. 2324167 lautend auf den Schmied Emil Weise, geb. am 27. November 1898 zu Wiganbatal. (Waagen). Das Buch befindet sich in Händen des Schlossers Hauptmann.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rötterstraße 16, 1.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

zeigt, wie diese Verordnung in der Haushaltung statt zu einer Kohlenersparnis zu einem Mehrverbrauch an Kohle führt, wenigstens in den Monaten, in denen der Kachelherd nicht auch gleichzeitig zum Heizen dienen muß.

1 cbm normales Leuchtgas gibt bei der Verbrennung etwa 4800 Wärmeinheiten. 1 cbm Wasserogas, das heute zur Streckung des Leuchtgasbesenutzt wird, etwa 2400 Wärmeinheiten. Erfolgt die Mischung beispielsweise zu gleichen Teilen, so erhält man ein Mischgas von 3600 Wärmeinheiten je 1 cbm. Aus 100 kg Kohle erhält man in der Gasanstalt etwa 80 cbm normales Leuchtgas und 60 kg verflüssigten Koks. Aus 1 kg Koks lassen sich 2,5 cbm Wasserogas erzeugen. Aus 100 kg Kohle können also erhalten werden 2. 80 cbm Leuchtgas + 30 cbm Wasserogas, zusammen 60 cbm Mischgas und $50 - \frac{30}{2,5} = 38$ kg verflüssigter Koks, also aus 100 kg Kohle abzüglich 38 kg Koks (Koks = Kohle gesägt) = 62 kg Kohle 60 cbm Mischgas oder rund aus 1 kg Kohle 1 cbm Mischgas mit 3600 Wärmeinheiten.

Ein kleiner, sparsamer Haushalt, der im verfloffenen Jahre noch 45 cbm normales Leuchtgas mit 4800 Wärmeinheiten verbrauchte, wird heute etwa $45 \cdot \frac{3600}{4800} = 34$ cbm Mischgas verbrauchen müssen, um dieselbe Leistung zu erzielen. Nach der Verordnung darf er aber nur $45 \cdot \frac{80}{100} = 36$ cbm verbrauchen, wenn er nicht für jedes mehr verbrauchte Kubikmeter 50 % Strafgeld zahlen will. Kocht er also den ganzen Monat auf Gas und gebraucht 60 cbm, so dat er $60 - 36 = 24$ cbm Mehrverbrauch und 24 · 50 = 12 M. Strafgeld zu zahlen. Die Folge davon wird sein, daß er nur $36 - \frac{12}{50} = 35,8$ cbm, welche für $\frac{36}{60} \cdot 30 = 18$ Tage genügen, gebrauchen und die übrige Zeit, 12 Tage lang, Kohle zu Kochzwecken benutzen wird.

Die Verbrennung gebraucht aber mindestens 80 kg Kohle in diesen 12 Tagen, weil das Feuer den ganzen Tag über angehalten werden muß. Bei Benutzung des Gasherdes hätten 24 cbm Mischgas, erzeugt aus 24 kg verbrauchter Kohle (Koks abgerechnet), für diese 12 Tage genügt; es ergibt sich somit ein Mehrverbrauch von $80 - 24 = 56$ kg Kohle. Gebraucht wird also $\frac{80}{24} = 3,3$ mal so viel Kohle bei direkter Feuerung als bei Gasheizung.

Selbst wenn der Heizwert des Gases gleich dem des vorigen Jahres ist, so ergibt die Einschränkung auf 80 v. H. unter den vorigen Umständen, daß wenn die zulässigen 36 cbm nicht überschritten werden sollen, an sechs Tagen Kohle gebraucht werden muß, und dann 40 kg Kohle direkt verfeuert werden, statt 15 kg bei Gasheizung mit normalem Gas von 4800 Wärmeinheiten, also immer einen Mehrverbrauch von Kohle. Aus diesen Beispielen erhellt man, wie wenig zweckmäßig die kategorische Verordnung der Einschränkung des Gasverbrauchs im Haushalt, die zu einem Mehrverbrauch an Kohle führt, wenigstens in der warmen Jahreszeit ist. Vielmehr ergibt diese Betrachtung, daß die Vertrauensmänner, denen die Kohlenersparnis ans Herz gelegt ist, darauf hinwirken sollen, daß der Gasherd, natürlich sachgemäß, sparsam betrieben, so lange wie möglich statt des Kachelherdes in Gebrauch gehalten werden sollte, denn nur so können Kohlen gespart werden. Auch noch auf einen Umstand, der bisher nicht erwähnt wurde, möge aufmerksam gemacht werden, nämlich darauf, daß zur Verbrennung des mit Wasserogas gemischten Leuchtgas die Luftzufuhr zu vermindern ist, denn Wasserogas gebraucht zur Verbrennung etwa nur die Hälfte der zur Verbrennung des normalen Leuchtgas nötigen Luft. Dies gilt nicht nur für die Gasheizung, sondern auch für die Gasbeleuchtung.

Eine dumme Verordnung.

Die Gasrationierung veranlaßt manchen zum Erjah des Gaslichts durch ein unzulässiges Kerzenlicht. Da erfährt man nun eine höchst sonderbare Sperre-Maßnahme des Kriegsaussschusses für Die und Fette: Der Besondere, der einzelne Kerzen erstehen will, bekommt deren höchstens drei, wer aber über eine hinreichend gefüllte Börse verfügt und die sich stehende palastweise kaufen kann, ist in seinen Wünschen keiner Beschränkung unterworfen, denn nach Aussage der Verkäufer schreibt die Verordnung vor: „höchstens drei Stück, Palette in beliebiger Anzahl.“ Also eine ganz einseitige Aufforderung zum Sparsparen an alle, die es sich leisten können, wodurch die weniger Begüterten dann wieder einmal benachteiligt werden. Der Kriegsaussschuß für Die und Fette aber wird gebeten, einmal in die Richtung anzuzünden und den begriffschwachen Verbrauchern den Sinn solcher Sparerlasse zu erklären oder den Verkäufern eine Auslegung des Gesetzes zu übermitteln.

Überweisung aus Arbeitsheim.

In den amtlichen Mitteilungen und Nachrichten Nr. 21 Seite 3 ist dargelegt, daß nach dem richtig verstandenen Sinne des Gesetzes die Überweisung durch den Einberufungsaussschuß den Arbeitsheim erstet, daß also ein Arbeitgeber den ihm überwiesenen Hilfsdienstpflichtigen auch dann in Beschäftigung nehmen kann, wenn jener innerhalb der letzten 2 Wochen in einem anderen Hilfsdienstbetriebe tätig gewesen war. — In der Praxis ist nun folgende weitere Frage aufgeworfen worden:

Dem Arbeiter stehen die Besondere an den Feststellungs-ausschuß zu. Wenn dieser Ausschuss dem Beschwerdeführer Recht gibt und die vom Einberufungsaussschuß verhängte Überweisung wieder aufhebt, so fällt damit für den Hilfsdienstpflichtigen die Notwendigkeit fort, die ihm zugewiesene Arbeit fortzusetzen. Auch dies folgt aus dem richtig verstandenen Sinne des Gesetzes. Der Hilfsdienstpflichtige kann dann also ohne weiteres aus der neuen Stelle wieder auscheiden. In der Regel wird er in jedem Falle zu seinem früheren Arbeitgeber zurückkehren wollen. Bei rechtlicher Anwendung des § 9 Absatz 1 des Hilfsdienstgesetzes würde dieser ihn aber nur dann wieder in Beschäftigung nehmen dürfen, wenn er einen Arbeitsheim des Arbeitgebers kreuzt, dem er überwiesen worden war, also des neuen Arbeitgebers. Sollte sich aus letzterem ergeben, den Arbeitsheim auszuwählen, so würde zwar der Hilfsdienstpflichtige den Einberufungsaussschuß anrufen können, und hier würde wohl in der Regel den Seiten gemäß § 9 Absatz 2 des Gesetzes zuzupacken. Dadurch würde jedoch auf alle Fälle wertvolle Arbeitszeit verloren gehen. Es wird deshalb unbedingt angenommen werden können, daß die Rechtsveränderung des Hilfsdienstgesetzes durch die Arbeitsheim des neuen Arbeitgebers ebenso richtig wie die Überweisung demjenigen des früheren Arbeitgebers. Wenn allerdings der zu Anrecht überweisene nicht mehr in den früheren Betrieb zurückkehren will oder kann, sondern in einem anderen Betrieb Arbeit zu nehmen beabsichtigt, so wird er dazu den Arbeitsheim des letzten Arbeitgebers, also des Unternehmers, dem er überwiesen war, nicht unterbreiten können.

Auf diese Weise läßt sich die etwas verwickelte Rechtslage immerhin lösen.

Zug für das „Reinland“ vor den Folgen der Nichtbeachtung.

Während des Krieges hat der Wohnungsmangel sich fortgesetzt vergrößert, und gegenwärtig ist er fast ganz. Die Verdrängung auch des dringendsten Wohnungsbedarfes der heimischen Arbeiter und sonstiger Nicht-Kriegsgeheimen ist also in erheblichem Maße in großer Umfassung auf „Reinland“ zurückzuführen, das gegenwärtig nur „Reinland“ hat. Zug nun nicht nur im „Reinland“ in einzelnen Fällen eine Verdrängung nicht zu vermeiden sein, so wird doch verhindert werden, daß sonstiger dringender Wohnungsbedarf innerhalb der Stadt eintritt. Einmalige Beschränkung auf Verdrängungen vor der Stadt überlassen, deren Wohnort ohnehin bereits Verdrängungen zu tragen haben, zumal da der Wohnungsmangel durch die Verdrängung diese Ausgaben an sich schon empfindlich erhöht hat. In jedem Fall deshalb die amtliche Grundbesitzbeschränkung und die sonstige Verdrängung des Grundbesitzes des „Reinland“, der Gemeinde und der Einwohner für die nun einwirkende Beschränkung, möglichst

nicht zum Verkauf, sondern zur Vergebung im Erbbaurecht oder in Erbpacht, damit das „Reinland“ nicht in Privatbesitz und damit in den Bereich der Spekulation gerät, sondern dauernd dem Zwecke einer preiswerten Verdrängung zu dienen vermag. Auf diese Weise mag es gelingen, im Sinne des Volkswohles gegen die Maßnahmen der Territorienunternehmer (die die eigentlichen Urheber der Bewegung für Mietspreiserhöhungen sind, weil sie davon neue mißlose Gewinne für ihr Spekulationsgelände erhoffen) tatsächlich und erfolgreich vorzugehen und der großen Masse der Wohnungsmieter das „Reinland“ im Umkreise der Städte unverteuert zu erhalten.

Vom Ausland

Ungarn.

Eine „Schuld“ aus dem Jahre 1909. Am 29. Dezember 1908, zur Zeit der Koalitionsregierung des Grafen Andrássy, wurde der Bogen der Wahlrechtsbewegung recht hoch gingen, wurde der Ungarische Eisen- und Metallarbeiter-Verband samt seinen Ortsgruppen polizeilich geschlossen. Als Vormann diente eine Schlägerei zwischen Arbeitern und Polizisten, wobei auch von diesen einige verwundet wurden. Die Schlägerei hatte aber schon im Oktober stattgefunden. Die Polizei erob beim Ministerium die Beschlagnahme, daß die Verbandsleitung Revolver und Eisenstücke verteilt habe. Die Schließung dauerte vier Monate und endlich, nachdem sich die Grundlosigkeit der Beschlagnahme längst herausgestellt hatte, wurde der Verband wieder freigegeben. Zur selben Zeit herrschte aber auch große Arbeitslosigkeit und viele bezugsberechtigte arbeitslose Verbandsmitglieder waren durch das Ausbleiben der Unterstützung dem Elend preisgegeben gewesen. Nunmehr übernahm die Budapest Stadverwaltung die Unterstützung der arbeitslosen Verbandsmitglieder und gab dem Verbande einen Vorschlag von 40 000 Kronen. Diese Summe erhielt die Hauptstadt von der Regierung erstet. Der Verband mußte sich aber der Regierung verpflichten, die Summe zurückzahlen. Jetzt berichtet unser ungarisches Bruderblatt in seiner Nr. 18 vom 31. August, daß der Minister des Innern auf die Rückzahlung der 40 000 Kronen verzichtet habe. Der Verband wird die Summe nunmehr seinem Witwen- und Pensionsfonds zuführen.

Dänemark.

Der Dänische Schmiede- und Maschinenbau-Verband hielt vom 11. bis zum 15. Juli seinen 14. Verbandstag ab. Den Internationalen Metallarbeiter-Bund vertrat Kollege Schlichte, den Deutschen Metallarbeiter-Verband Kollege Reichel. Ferner waren noch Gäste aus Dänemark, der Schweiz, Finnland, Norwegen und Schweden anwesend. Auch in unserm dänischen Bruderbande macht sich eine Gegenströmung bemerkbar. Sie ging aus von der Kopenhagener Abteilung 1 und sie forderte hauptsächlich, daß die Lohn- und Arbeitsverträge mit dem Unternehmerverband, die bisher der Vorstand im Verein mit dem Verikat abschloß, einer Urabstimmung unterworfen werden sollte. Der Verbandstag im Jahre 1914 lehnte die Urabstimmung mit großer Mehrheit ab. Als aber das Verlangen nach einer solchen immer stärker wurde, fand zunächst eine Urabstimmung darüber statt, ob nur eine Urabstimmung berechtigt sein solle, über Annahme oder Ablehnung der Verträge zu beschließen. Das Ergebnis war 1396 Stimmen dagegen und 965 dafür. Nun forderte die Opposition vom Verbandstage, daß er das Ergebnis der Urabstimmung für nichtig erklären solle. Gegen diese Bestrebungen wandte sich der Vorsitzende J. A. Hansen in seiner Rede zum Vorstandsbericht und führte aus, daß das Ergebnis einer Urabstimmung nur durch eine neue Urabstimmung aufgehoben werden könne. Ferner wies Kollege Hansen darauf hin, daß bei im Jahre 1915 abgeschlossene Lohnvertrag auch für die Verbände der Elektriker, der Formier, der Gürtler, der Metallbrüder und der Schleifer gelte. Weil der gemeinsame Vertragsabschluss ein weiterer Schritt zur Verschmelzung der dänischen Metallarbeiterverbände ist und durch die Urabstimmung der gemeinsame Vertragsabschluss unmöglich gemacht wird, so werden dadurch auch die seit vielen Jahren langam, aber sicher wachsenden Verschmelzungsbestrebungen gefährdet. Außerdem hatte der Verbandstag der Formier sich schon gegen die Urabstimmung über den Vertrag erklärt. Hansen betonte, daß er durchaus kein grundsätzlicher Gegner von Urabstimmung sei. In diesem Falle sei jedoch nicht angebracht, Nichtbestimmungen nach dem Verbandstage den Antrag der Kopenhagener Abteilung 1 mit 95 gegen 68 Stimmen an. Darauf legte Kollege Hansen sein Amt als Verhandlungsvorsitzender nieder und verließ den Verbandstag. Die übrigen Vorstandsmitglieder erklärten sich mit Hansen solidarisch. Dies ries große Bewegung hervor, um so mehr, da der Verbandstag sich der Annahme nicht erwehren konnte, daß nunmehr Hansens vielfache Mitarbeit in den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung in Frage gestellt sei. Die Sitzung wurde sogleich geschlossen. Am folgenden Tage beschloß der Verbandstag mit 134 gegen 10 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen eine Vertrauens- und Umgebung für Kollegen Hansen. Da außerdem Oppositionsredner erklärt hatten, daß kein Angriff auf Kollegen Hansen beabsichtigt sei, nahm dieser seine Amtsniederlegung zurück. Damit war die Urabstimmung jedoch noch nicht beseitigt und Kollege Hansen erklärte auf neue, daß ein durch Urabstimmung gefasster Beschluß unmöglich durch einen Verbandsratsbeschlusse aufgehoben werden könne. Das könne nur durch eine neue Urabstimmung geschehen. Es wurde dann über einen dementsprechenden Beschluß abgestimmt und dieser mit 80 gegen 76 Stimmen abgelehnt. Kollege Hansen und die meisten anderen Vorstandsmitglieder hatten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht. Hansen erklärte dann jedoch, daß die Sache nunmehr unter allen Umständen einer Urabstimmung unterbreitet werden müsse, damit die Urabstimmung mit den Verbandsratsbeschlüssen wieder hergestellt werden könne.

Der Verbandsbeitrag beträgt wöchentlich 75 Kr. Von diesen fließen 3 in die Streikliste, 27 in die Arbeitslosenliste und 10 in die Verwaltungskasse. Die Arbeitslosenliste erhielt sonst einen monatlichen Zuschuß von 1025 Kronen. Dieser wurde in Anbetracht der Abnahme um 225 Kronen erhöht. Dazu kam noch von verschiedenen Städten und Gemeinden ein Zuschuß von 6118 Kronen.

Verbandsrat der Formier. Auf diesem Verbandstage wurde der Rat des Verbandes nach gründlicher Aussprache einstimmig aufgegeben. Es wurden verschiedene Satzungsänderungen beschlossen, die jedoch nicht von großer Bedeutung sind. In betref des Jahresanfangs der Metallarbeitergewerkschaften stellte der Verbandstag verschiedene Forderungen auf, mit deren Durchführung er den Verband beauftragte. Gelingt dieses nicht, so soll ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden.

Die Verschmelzung der Arbeitervereine. Im 15. Juli trafen Vertreter der dänischen Metallarbeiterverbände zusammen, um über die Verschmelzung der Arbeitervereine zu verhandeln. Diese wurde auch beschlossen. Damit hat der Zusammenschluß der Metallarbeiter Dänemarks einen weiteren Schritt gemacht. Eine bemerkenswerte Tatsache macht der Verband der Elektriker. Dieser ist aus der dänischen Metallarbeiterzentralisation ausgegliedert. Die neue Liste führt den Namen Arbeitslosenliste der getrennten Eisen- und Metallarbeiter (Die folgende Liste von Metallarbeitern Arbeiterliste-kasse) & Ruffert ist der Kasse des Schmiede- und Maschinenbau-Verbandes, Kollege A. Johansen.

England.

Metallarbeitervereine. Der freiere Bund, der seit Ausbruch der Revolution in England wirkt, hat natürlich auch zur Folge gehabt, daß die Arbeiter auch neue ihre Gewerkschaften schließen und, wenn nötig, welche neu gründen. Die Tagespresse hat schon viel darüber berichtet, daß sich viele Arbeitervereine selbstständig sehr un-

zuverlässig. Die Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz bringt in ihrer Septembernummer Angaben des russischen Blattes Der Arbeiter der Gewerkschaften. Wir entnehmen mit allen Vorbehalten daraus folgende Angaben über die Metallarbeiter: In Moskau sind in der „metallurgischen Industrie“ 40 000 Arbeiter organisiert. In Woronesch gibt es einen Metallarbeiterverband mit ungefähr 3000 Mitgliedern, in Sybran 12 000 organisierte „Metallurgisten“. In Kopal hat ein Metallarbeiterverband „bis 4000“ Mitglieder. In Saratow ist der Metallarbeiterverband „bis 3000“ Mitglieder; er ist die größte der dortigen Gewerkschaften. In Seltzerinostaw gibt es einen Metallarbeiterverband mit 8000 bis 10 000 Mitgliedern. — Das wären schon etwa 70 000 organisierte Metallarbeiter. Es ist ja wünschenswert, daß die Zahlen stimmen mögen.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wenden man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

N. Kabanov: La germana inteligentularo kaj la milito. Lan la dua preso de Frusa originalo tradukis E. B. Wüster kaj B. Maske. Esperanta eldono. 1917. Eldonejo: Ader & Borel G. m. b. H., Dresden 1. (N. Kabanov: Die deutschen Gebildeten und der Krieg. Nach der zweiten Auflage der russischen Uebersicht überseht von E. B. Wüster und B. Maske. Esperanto-Ausgabe. 1917. Verlag: Ader & Borel G. m. b. H., Dresden 1.) 85 Seiten. Preis 50 S., Postgebühr 5 S. — Die Esperantisten treten dafür ein, daß Bücher, die des Heberseignen wert sind, vor allen Dingen in Esperanto überseht werden. Dadurch werde es auch möglich sein, daß Angehörige kleiner Völker, für die es sich buchhändlerisch nicht lohnt, eine besondere Uebersetzung herauszugeben, die Bücher lesen können. Ja, es sei sogar eine Verdrängung, wenn auch Uebersetzungen in weiterverbreiteten Sprachen, zum Beispiel deutsch, englisch, französisch, russisch, spanisch usw. gemacht werden müßten. — In diesen Umständen gehe man aus dem Wege, wenn die Bücher zunächst in Esperanto überseht werden. Voraussetzung ist natürlich, daß das Esperanto in allen Ländern genügend verbreitet ist. Zugabe ist, daß von allen künstlichen Hilfssprachen das Esperanto am meisten Anhänger gewonnen hat. Das vorliegende Buch ist einer 1916 in Moskau erschienenen Reihe von vollständigen Schriften entnommen, die den Sammelnamen Vater Sprache führt. Der Verfasser ist, wie der Uebersetzer Maske in einem Vorwort sagt, mit Welt und Seele Russe; er bemüht sich aber ehrlich, der Wahrheit auf den Grund zu kommen und der Zweck der vorliegenden Uebersetzung ist, zu zeigen, wie man in allen Ländern gegen „patriotische Lügen“ kämpfen müßte. In der Tat bringt der Verfasser Kabanov eine Menge Lesefrüchte aus dem deutschen Schrifttum während der Kriegszeit, die von einer erfreulichen Vorurteilslosigkeit zeugen, während er über die maßgebende französische und englische Presse sehr herbe urteilt. Die russische Presse habe im allgemeinen mehr Selbstbeherrschung gezeigt. Selbstverständlich habe man besonders am Kriegsanfang auch in deutschen Zeitungen dieses lesen können, was russischen Lesern die Haare sträubte, aber fast nur in Chauvinistenblättern, deren Wertlosigkeit kein aufklärter Deutscher bestreite. (Seite 5.) Im Vergleich zu dem hysterischen Getöse des Matin, des Temps und anderer französischer Blätter mache die ruhige und sachliche Schreibweise der tonangebenden deutschen Presse einen sehr angenehmen Eindruck, eine Tatsache, die für uns höchst unangenehm, aber leider nicht zu bestreiten ist.“ (Seite 6.) Im Anschluß an eine Rezension von Paul Rohrbach sagt der Verfasser: „Ein so lazes Vortreiben, die geschichtliche Bedeutung des großen Krieges zwischen den westlichen Völkern Europas zu verstehen, sucht man vergebens bei den englischen Tageschriftstellern; diese sprechen nur vom europäischen Gleichgewicht und von der Notwendigkeit, den deutschen Militarismus zu zerstören.“ (Seite 8.) Dem Militarismus hebt Kabanov hervor, daß er in anderen Ländern, besonders in Frankreich, nicht weniger dabein set. Soweit in Deutschland von einem Gasse die Rede sein könne, richte er sich hauptsächlich gegen England. Bei dieser Gelegenheit spricht Kabanov natürlich auch von dem „Haggefängnis“ Dillwiers, von dem er sogar irrtümlicherweise behauptet, daß er in die Schulleisbücher aufgenommen worden sei. Inwiefern habe dies nicht länger als ein halbes Jahr gedauert, dann habe man angefangen, den Haggefängnis zu veröffentlichen und die Schulbehörden hätten dafür gesorgt, daß die betreffenden Schulbücher nicht mehr benutzt werden. Bei der Erwähnung der „Zerstörung“ Löwens überseht Kabanov, daß an den überlebenden Gerichten davon in der Hauptsache die vorerfülligen deutschen Kriegsberechtigten schuld sind, denn gerade diese sind in die Welt hinein, daß die ganze Stadt dem Erdboden gleichgemacht worden sei, so daß die englische und französische Presse es so bequem hatte, sich auf deutsche Verdichte berufen zu können. Kabanov bringt unter anderem noch Uebersetzungen von Arthur Bonus, Avenarius, dem Breslauer Professor Kühnemann, Hermann Gesse, Heinrich Lerch, Karl Köchel, Wilhelms-Moellendorf, dem Leipziger Theologen Gaud, Gregori, Dirschfeld und anderen, und sucht daran zu beweisen, daß in Deutschland weniger Völkerhag geübt wurde als anderswo. Besonders verweist er bei einem Aufsatze „Denkmal“, den Avenarius 1915 im Kunstwart veröffentlichte und meint, daß der Denkmal am entschiedensten in solchen Ländern bestämpt werde, wo er am wenigsten nicht sei, nämlich in Deutschland und in Rußland. (Seite 24.) Soviel über diese inhaltreiche kleine Schrift. Wir Deutschen haben im allgemeinen keine Ursache, mit ihr unzufrieden zu sein und können nur wünschen, daß sie unter den Esperantofreunden aller Länder recht viele Leser fände. Weiter müssen wir nach unserer Kenntnis der Sachlage bezweifeln, daß dies geschieht, hauptsächlich in den Ländern unserer Kriegsgegner. Daß die Uebersetzung noch dazu, in einem deutschen Esperantoverlag erschienen ist, wird ihr zum Beispiel in England und Frankreich kaum zur Empfehlung gereichen. Auch wird es nicht an sich unwürdiger und Verdächtigungen gegen den Verfasser fehlen, obwohl er sich ausdrücklich gegen den Verdacht wehrt, deutschfreundlich oder ein Anhänger des Sonderfriedens zwischen Rußland und Deutschland zu sein. Wir aber wünschen, daß die Schrift ihren Zweck erfüllen möge, müssen aber bedauern, daß dies wohl erst dann geschehen kann, wenn nach dem Kriege die Völker sich mehr beruhigt haben werden.

Weg zur politischen Reife. Von Fürst von Sillow. (U. n. Deutschlands Zukunft. Herausgegeben vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Heft 2.) Berlin 1917. Verlag von Reimar Hobbing. 48 Seiten. Preis geheftet 40 S.

Der englische Wirtschaftskrieg und das wertmäßige Volk Deutschlands. Von August Winnig. (Stellvertretendem Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeitersbundes.) (U. n. Deutschlands Zukunft. Herausgegeben vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Heft 3.) Berlin 1917. Verlag von Reimar Hobbing. 40 Seiten. Preis geheftet 40 S.

Die Verschmelzung der Arbeitervereine. Im 15. Juli trafen Vertreter der dänischen Metallarbeiterverbände zusammen, um über die Verschmelzung der Arbeitervereine zu verhandeln. Diese wurde auch beschlossen. Damit hat der Zusammenschluß der Metallarbeiter Dänemarks einen weiteren Schritt gemacht. Eine bemerkenswerte Tatsache macht der Verband der Elektriker. Dieser ist aus der dänischen Metallarbeiterzentralisation ausgegliedert. Die neue Liste führt den Namen Arbeitslosenliste der getrennten Eisen- und Metallarbeiter (Die folgende Liste von Metallarbeitern Arbeiterliste-kasse) & Ruffert ist der Kasse des Schmiede- und Maschinenbau-Verbandes, Kollege A. Johansen.

England. Metallarbeitervereine. Der freiere Bund, der seit Ausbruch der Revolution in England wirkt, hat natürlich auch zur Folge gehabt, daß die Arbeiter auch neue ihre Gewerkschaften schließen und, wenn nötig, welche neu gründen. Die Tagespresse hat schon viel darüber berichtet, daß sich viele Arbeitervereine selbstständig sehr un-

zuverlässig. Die Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz bringt in ihrer Septembernummer Angaben des russischen Blattes Der Arbeiter der Gewerkschaften. Wir entnehmen mit allen Vorbehalten daraus folgende Angaben über die Metallarbeiter: In Moskau sind in der „metallurgischen Industrie“ 40 000 Arbeiter organisiert. In Woronesch gibt es einen Metallarbeiterverband mit ungefähr 3000 Mitgliedern, in Sybran 12 000 organisierte „Metallurgisten“. In Kopal hat ein Metallarbeiterverband „bis 4000“ Mitglieder. In Saratow ist der Metallarbeiterverband „bis 3000“ Mitglieder; er ist die größte der dortigen Gewerkschaften. In Seltzerinostaw gibt es einen Metallarbeiterverband mit 8000 bis 10 000 Mitgliedern. — Das wären schon etwa 70 000 organisierte Metallarbeiter. Es ist ja wünschenswert, daß die Zahlen stimmen mögen.

Verbands-Anzeigen

- Montag, 1. Oktober: Friedrichshafen/Bez. Ravensburg. Zentralthalle, abends halb 8 Uhr.
- Samstag, 2. September: Burg/Bez. Magdeburg. Gewerkschaftshaus, 8.
- Samstag, 29. September: Seimar. Volkshaus, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 30. September: Friedrichshafen/Bez. Weingarten. Rest zum Bahnhof, vorm. 10 Uhr.
- Montag, 1. Oktober: Georg Baumgärtner, Treher, 35 Jahre, Ungenacktheit. Stuttgart. Feih. Bischoff, Reife. 38 Jahre, Unfall.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rätestraße 16 B.